



HESSISCHER LANDTAG

28. 02. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP

betreffend wirtschaftliche Prosperität Hessens durch Einschränkungen am Frankfurter Flughafen nicht gefährden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zum Flughafen Frankfurt/Rhein-Main als größtem und bedeutendstem privaten Arbeitgeber des Landes und wichtigstem Wirtschaftsfaktor in Hessen bei gleichzeitiger Umsetzung des Mediationsverfahrens. Mehr als 58 Mio. Passagiere nutzten den Frankfurter Flughafen im Jahr 2013 und 78.000 Mitarbeiter finden direkt am Flughafen Arbeit und ernähren so ihre Familien.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Flughafen nur durch Wachstum seine starke internationale Wettbewerbsposition halten kann. Mit dem Ziel, dieses für den Wirtschaftsstandort notwendige Wachstum zu ermöglichen, wurde die Kapazitätserweiterung vorgenommen. Der Landtag bekennt sich außerdem zur rechtssicheren Erweiterung des Flughafens durch das Terminal 3. Alleine die Fraport AG kann über einen wirtschaftlich sinnvollen Zeitpunkt für den Bau von Terminal 3 entscheiden. In einem Rechtsstaat kann die Landesregierung keinen Einfluss auf diese unternehmerische Entscheidung nehmen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zukünftig auf Drohungen zulasten der Beschäftigten am Flughafen, wie eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses oder der Betriebsgenehmigung, zu verzichten. Der Planfeststellungsbeschluss ist inzwischen höchstrichterlich bestätigt und bedarf keiner Änderungen. Solche Ankündigungen schaden der Planungssicherheit, die die Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität ist.
4. Der Landtag stellt fest, dass die von der Landesregierung geplanten Lärmobergrenzen eine weitere erhebliche Einschränkung für die Entwicklung der Prosperität und die Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen am Frankfurter Flughafen sind.
5. Der Landtag begrüßt die Feststellung des Ministerpräsidenten, die er nach dem Gespräch mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin geäußert hatte, dass mit Hessen keine Ausdehnung des Nachtflugverbots von 22 Uhr bis 6 Uhr machbar ist. Diese Klarstellung ist ein wichtiges Signal für Betreiber und Nutzer des Flughafens, nachdem der grüne Abgeordnete Kaufmann und der amtierende Verkehrsminister Al-Wazir vor der Wahl in jeder Pressemeldung zum Flughafen ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr gefordert und dessen Umsetzung für den Fall der Wahl angekündigt hatten.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die bisherige konsequente Umsetzung der "Allianz für Lärmschutz" vom 29. Februar 2012 weiter zu verfolgen. Die in dieser Allianz im breiten Konsens verabredeten 19 Maßnahmen sind Grundlage dafür, dass es für die Anwohner leiser wird. Der Landtag ist der Meinung, dass auch weiterhin alle Maßnahmen, des aktiven und passiven Schallschutzes, die dort verabredet wurden, nach entsprechender Testphase umgesetzt werden sollten, wenn sie zu einer Verbesserung der Lärmsituation für die Anwohner führen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 28. Februar 2014

Der parlamentarische Geschäftsführer:
Rock